

Bezugspreis:
Vierteljährlich 4,50 M., monatlich 1,50 M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Vierteljährlich 4,80 M., monatlich 1,60 M., nicht für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 20 M., für das übrige Ausland 25 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimkehr“ und der Beilage „Bildung und Kultur“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die Jahrgangspostensampelblätter kosten 7,50 M. „Kleine Anzeigen“ das Setzgedruckte Wort 4,- M. (20-25 Zeilen zwei Setzgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,50 M. Einseitige und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4,- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Zustellungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 12. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie

Der Bezirkstag der SPD.

Der außerordentliche Bezirkstag des Bezirksverbandes Berlin der SPD. beschloß gestern die Erhöhung der Beiträge. Vorher hielt Genosse Weis ein großangelegtes Referat über die politische Lage, das allgemeine Zustimmung fand, die auch darin zum Ausdruck kam, daß auf jede Diskussion verzichtet und die vom Referenten vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen wurde.

Genosse Weis kennzeichnete zunächst den Zusammenbruch jener Utopien, die das Uebergreifen der russischen Revolution auf die neutralen Länder und die Siegerstaaten verkündeten, wies auf die Arbeit der Rotenpresse hin und zeigte an Beispielen, bis zu welchem Grade die Inflation gesteigert werden kann. So sehen wir, wie in Oesterreich für einen Laib Brot 500 bis 600 Kronen gezahlt werden, ein Pfund Zucker für 450 Kronen, ein Ei für 120 Kronen zu haben ist. So gering der Marktwert ist, muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Mark immer noch tausendmal so wert ist, als der russische Rubel. In dem nun beginnenden Prozeß der Deflation, d. h. in der Verminderung der Zahlungsmittel, sehen wir den Ausdruck der Tatsache, daß sich der Kapitalismus überall in der Welt behauptet hat. Der Kapitalismus ist gestärkt aus dem Weltkrieg hervorgegangen. Das war eine Naturnotwendigkeit, denn so lange sich nicht im Schoße der alten Gesellschaft die neue entwickelt hat, ist es nicht möglich, die Wirtschaftsordnung zu ändern. Die Bourgeoisie ist im Besitze der wirtschaftlichen Macht und darum kämpfen wir heute in Deutschland

gegen die drohende Geldskruppell.

für die Zukunft des Volkes, für den Sozialismus. Unser Kampf ist der des internationalen Sozialismus und darum benutzen wir jede Möglichkeit der Annäherung von Macht, wo immer sie sich bietet — innerhalb und außerhalb der Regierung. Wir können uns nicht mehr den Luxus gestatten, der Bourgeoisie neben der wirtschaftlichen auch die politische Macht restlos zu überlassen, wir können die Republik nicht Republikanern anvertrauen, denen man einen Ehrennamen gäbe, wenn man sie als solche bezeichnete. Wenn man Deutschland eine Bourgeoisiepublik nennt, so ist doch nicht zu verkennen, daß bei uns die Arbeiterkraft eine politische Macht besitzt, die bei richtiger Anwendung der Gesetze das Ueberwuchern des kapitalistischen Einflusses verhindert.

Die Arbeiterkraft ist die Garantie des Friedens.

Dies müssen wir den anderen Völkern erklären. Wir müssen sie lehren, zu begreifen, daß Deutschland ohne seine Kolonien kleiner ist als Frankreich, das aus seinem Kolonialbesitz seine Heere ergäntzt. Die Völker müssen begreifen, daß die alldeutschen Phrasen ebensowenig die Meinung des deutschen Volkes sind, wie die Ansichten der Boincarée-Debatte die des französischen Volkes sind.

Weis beschloß sich sehr eingehend mit der Internationale 2 1/2 und ihrem Verhältnis zur zweiten und betonte, daß die deutsche Sozialdemokratie

die Einigung als wichtigstes Zukunftziel

betrachte. Dann ging er auf die Frage der Kreditgewährung durch die deutsche Industrie ein und hob hervor, daß im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Sorge im Reichswirtschaftsrat er feststellen müsse, daß Herr Stresemann es war, der in einer Sitzung, die in Gegenwart des Reichsfinanzministers und des Reichspräsidenten stattfand und an der Vertreter aller Parteien teilnahmen, zuerst den Vorschlag machte,

die Eisenbahnen zu enteignen.

Er erhielt damals von der Sozialdemokratie die Antwort, daß ein solcher Vorschlag nur in einer bürgerlichen Regierung durchgeführt werden könne und daß in einem solchen Falle die Beteiligung an der Regierung für die Sozialdemokratie nicht in Frage kommen könne. Wären die Eisenbahnen, die, wie kein anderer Betrieb, während des Krieges heruntergewirtschaftet worden sind, in privater Hand, wären die Preise längst um das 20- bis 30fache erhöht. Aber auch in anderen Ländern arbeiten die Eisenbahnen mit Defizit. So hat die englische Regierung den Bahnen, die sich dort noch im privaten Besitze befinden, 60 Millionen Pfund Zuschuß zahlen müssen. Das ist eine Summe, die auf Marktwährung umgerechnet weit das deutsche Defizit übertrifft. Es gibt keinen Grund, den man für eine Privatisierung der Eisenbahn anführen könnte. In dem Vorschlag kommt lediglich

der Haß gegen jede Sozialisierung

zum Ausdruck. Darum haben wir fest darauf zu bestehen, daß die Regierung alle Vorbereitungen trifft, die Sachwerte zu erfassen.

Bei Behandlung der Steuerpolitik ging Genosse Weis auch auf die indirekten Steuern ein und kennzeichnete das Verhalten der Kommunisten, die in der Bewilligung von indirekten Steuern einen Verrat an der Arbeiterklasse zu sehen behaupteten, genau so wie früher die Unabhängigen. Die Unabhängigen haben in der Kommission für die Umsatzsteuer gestimmt und im Plenum hat am letzten Freitag der Kommunist Hillein den Antrag gestellt, diese Steuer auf 1/2 Prozent festzusetzen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Es ist ein Skandal, daß die großen Einkünfte seit drei Jahren keine Steuer nach ihrem Vermögen gezahlt haben. Bei einem großen Lokomotivfabrikanten erschien der Vertreter eines Finanzamtes, um sich nach der Weihnachtsgroßversteuierung des Dienstmanns zu erkundigen, um sie zur Besteuerung heranzuziehen. Während dieser eine Fabrikant dem Reiche mindestens 600 000 M.

schuldet, verschwendet man die Kräfte der Steuerverwaltung für solche Lappalien.

Wir verlangen auch, daß das Finanzministerium von einem hauptamtlichen Minister verwaltet wird.

Die weiteren Ausführungen bezüglich der Finanzen und Steuerfragen sind in der folgenden Resolution zusammengefaßt:

Der verhängnisvolle Sturz der Mark hat die binnenwirtschaftliche und weltwirtschaftliche Stellung Deutschlands gegenüber den Vormächten erheblich verschlechtert. Die gewaltige Steigerung der Preise für alle Bedarfsartikel hat die Kaufkraft der breiten Massen des Volkes noch weiter herabgesetzt. Wucherische Ausbeutung der Konjunktursicherheit durch alle Warendeser trifft zusammen mit einer unerschönten Verschwendung des Volkvermögens auf dem Wege eines wahllosen Ausverkaufs an die valutarischen Länder. Die dadurch hervorgerufene Scheinkonjunktur in der Exportindustrie ist aber nur vorübergehend. Die Politik des Auslandes sucht in steigendem Maße durch Einfuhrverbote und immer wachsende Schutzzölle die deutschen Waren abzuwehren und wird in kurzer Zeit im Gefolge einer schweren Abwärtsbewegung gewaltige Arbeitslosigkeit in Deutschland heraufbeschwören.

Auch wenn die Verhandlungen über ein Moratorium für die Reparationszahlungen schließlich zum Ziele führen sollten, so kann den verhängnisvollen Schwankungen der Devalua nur Einhalt geboten werden, falls es gelingt, die deutsche Zahlungsbilanz dauernd ins Gleichgewicht zu bringen. Unerlässliche Voraussetzung dafür ist die Stilllegung der Rotenpresse und die Deckung der Staatsbedürfnisse durch ordentliche Einkünfte. Nur die sofortige Erhebung der Sachwerte in Verbindung mit einer beschleunigten Einziehung der Reichseinkommensteuer kann die Herrichtung der Reichsfinanzen beheben. Mit aller Macht muß den Versuchen entgegengetreten werden, die zuerst im Reichstag zur Verhandlung stehenden Vermögenssteuervorschläge zugunsten kapitalistischer Privatinteressen ihrer gerechten Berechnungsgrundlage zu berauben. Die lange verprochenen Maßnahmen zur reiflichen Erlassung der Exportsteuern müssen endlich durchgeführt werden. Nur dann besteht die Aussicht auf erfolgreiche Bekämpfung der schamlosen Devalvaspekulation, die nach den jüngsten Erfahrungen bei der Pfälzischen Bank auch den kleinen Sparers unentrichtbar mit ihrem verhängnisvollen Risiko belastet.

Daher ist zu fordern:

1. Die sofortige Erlassung der Sachwerte auf dem von den hervortragendsten Fachmännern der Industrie selbst gewiesenen Wege. Der dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat von den Interessenten vorgelegte Gesetzentwurf über eine Kreditvereinbarung des deutschen Volkes ist von der Regierung sofort den geschäftsbekanntmachenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorzulegen und nach Festlegung der notwendigen Garantien für den unmittelbaren Zugriff des Reiches auf den Sachwertbesitz in Rechtskraft zu setzen. Der landwirtschaftliche Sachbesitz ist unmittelbar zu erfassen durch eine hypothekarisch zu sichernde Grundsteuer, deren sofortige Vorauszahlung für mehrere Jahre festzusetzen ist.

2. Sofortige Einhebung der Reichseinkommensteuer auf Grund vorläufiger Veranlagung bei denjenigen Finanzämtern, die am Jahresabschluss mit der endgültigen Veranlagung nicht im Rückstande sind.

(Schluß auf der 3. Seite.)

Dollar 170!

An der heutigen Börse setzte der Dollar etwa mit 190 ein und ging im weiteren Verlauf auf 170 zurück. Der Effektenmarkt steht noch immer im Zeichen der Zwangsverkäufe für Rechnung schwacher Spekulanten. Verschiedene Banken nehmen eine sehr strenge Säuberung der Konten vor. Die Kursverluste am Effektenmarkt waren wieder recht erheblich. Die Kursverluste betragen bei Montanpapieren fast durchweg 100 bis 170 Proz., bei den Gemischten Werten etwa 70 Proz., Waggon 100 bis 130 Proz., und bei den Bankaktien 40 bis 50 Proz. An der Börse ist man über das rigorose Vorgehen der Großbanken, die durch ihre Depositionskassen während der Sommermonate weite Kreise erst zur Spekulation erzogen haben, sehr verstimmt.

Fürs Weihnachtsfest der Märzopfer.

Auf unsere Bitte, für die Familien der Märzgefallenen eine kleine Weihnachtsspende zu bereiten, gingen bisher ein:
Sozialdemokratischer Bezirkstag 1360,- Soziald. Bezirksverband Groß-Berlin 500,- Redaktion „Vorwärts“, 1. Rate 400,- Soziald. Parlamentsdienst (Personal) 1. Rate 100,- do. Geschäftsleitung 250,- Verlag f. Sozialwissenschaft 500,- R. Guthfeld 100,- E. S. 100,- R. Matthias 15,- O. D. 10,- E. Fröh 5,- H. El. 1000,- Markt. Insgesamt 4340 M.

Zahlungen werden auf Postcheckkonto 37 536, Vorwärtsverlag G. m. b. H., unter dem Kennwort „Märzopfer“, in der Expedition des „Vorwärts“, Laden, Lindenstr. 3, im Sekretariat des „Vorwärts“, Sekretariat der SPD, Rentfahn, Jägerstr. 68, von 4-6 Uhr, Vorwärts-Expedition Redarstr. 2, und Siegfriedstr. 28/29, angenommen. Die Quittungen werden täglich veröffentlicht.

Genossinnen, Genossen! Gebt, was Ihr könnt, vor allem aber gebt rasch!
Redaktion des „Vorwärts“.

Reparationsgewinne!

Vor sehr unterrichteter Seite wird uns geschrieben

Die Durchführung des Wiesbadener Abkommens über den Wiederaufbau Nordfrankreichs und die Erfüllung der weiteren Reparationsverpflichtungen setzt die Schaffung einer straffen Organisation voraus, die die aus Reichsmitteln bezahlten Aufträge übernimmt und den in Frage kommenden Betrieben zuleitet. Nach der Verordnung vom Juli d. J. soll die Unterverteilung, Kontrolle, evtl. auch Zwangsaufbringung der zu vergebenden Arbeiten durch sogenannte Leistungsverbände erfolgen, die gemeinsam einen Lieferverband bilden.

Diese Organisationsgebilde möchte die Großindustrie in ihre Hand bringen, um sie jedem anderen Einfluß und jeder Kontrolle zu entziehen. Rathenau hat als Aufbauminister wiederholt erklärt, daß die aus der Last des Friedensvertrages fließenden Lieferverpflichtungen nicht dazu führen dürfen, die Kriegs- und Revolutionsgewinnler durch Reparationsgewinnler zu ergänzen. Auch die deutschen Gewerkschaften haben ihrerseits bestimmte Sicherungen verlangt. Einmal die Anerkennung sozialpolitischer Grundsätze, wie Sicherung der tariflichen Arbeitsbedingungen und ausgleichende Arbeitsverteilung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, weiter aber die energische Kontrolle der Preise und Unternehmergewinne, um unberechtigte Profite zu verhindern. Die Gewerkschaften verlangten daher, mit maßgebendem Einfluß in die zu bildenden Organisationen einbezogen zu werden.

Die Industrie ist nun höchlichst erzürnt, daß man sie bei dem Geschäft nicht allein lassen und gar eine Gewinnkontrolle durchzuführen will. Rathenau wurde mit den schäblichsten Mitteln angegriffen und das Wiesbadener Abkommen einen „Verrat am Lande“ genannt. Die Industrie hat von ihrem Standpunkt aus recht. Unkontrolliertes Geschäft bringt mehr ein als kontrolliertes, und die Aufträge werden schon kommen, denn der Friedensvertrag jagt der Industrie den Hafen in die Hände. Die Kosten trägt natürlich das Reich. Ist es daher ein Wunder, wenn die Forderungen der Gewerkschaften von der Industrie glatt abgelehnt werden oder wenn von der gleichen Seite alles versucht wird, um die Landesauftragstellen auszuschaften? Immerhin ist es wertvoll, einigen Einblick in die Beratungen der deutschen Industrie zu erlangen. Hier das Ergebnis:

Die Gewinnkontrolle und Beschränkung des Gewinnes auf ein angemessenes Höchstmaß lehnt die Industrie ab, denn man will doch verdienen. Sie möchte zu von vornherein fest normierten Auftragspreisen kommen, die eine nachträgliche Gewinnkontrolle „überflüssig“ machen. Viel Kopfschmerzen machte den Beratungsteilnehmern die Aufgabe, die Höhe der — natürlich von ihnen selbst festzusetzenden — Auftragspreise zu fixieren, weil sie doch befürchteten, durch ihre eigene Wahlosigkeit schließlich dem Fuß den Boden auszuschiagen. Sie glaubten sich daher Beschränkung auferlegen zu sollen, indem sie „nur Inlandspreise“ forderten.

Aber die Gegenseite bemerkte, daß die Inlandspreise, die doch vielfach Verbands- und Syndikatspreise seien, schon jetzt von der bösen Öffentlichkeit angegriffen würden. Da man aber um jeden Preis um die Kontrolle herumkommen will, soll das Geschäft nur auf Grund der Inlandspreise gemacht werden, um so „die Kontrolle der Gewerkschaften auszuschalten“.

Daher auch der Vorschlag, „Außensteller“ auszuschiessen und zum Geschäft nur die Firmen zuzulassen, die „nach Beschluß der Gesamtheit der Berufsgenossen des betreffenden Erwerbszweiges berechtigt und befähigt sind, an der Ausführung der betreffenden Sachleistung teilzunehmen“. Herrlich bequem; wer zu billig liefert und das Geschäft stört, wird nicht Mitglied der Tafelrunde.

Die Eingliederung der Landesauftragstellen, also der einzelnen Länder in die Organisation lehnt die Industrie ab. Sie könnten nur „störend“ wirken. Die Beteiligung der Lieferungen muß nach Ansicht der Unternehmer den Industrieverbänden vorbehalten sein, vielleicht, daß man den Arbeitern deforationshalber ein ganz klein wenig Platz einräumt, aber nur, wenn auf Gewinnkontrolle verzichtet wird.

Daß in den geheimen Beratungen der Industrie die Gewerkschaftsforderungen auf Sicherstellung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Lieferverträgen abgelehnt wurden, versteht sich am Rande. Ebenso, daß der Grundsatz keine Gnade fand, die Arbeit so zu verteilen, daß sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienlich den notleidenden Bezirken zugeleitet wird. Wozu die Industrie mit solchen Forderungen belasten, die nur die Ausnützung der Reparationskonjunktur erschweren! Die Industrie will Geld verdienen, basta.

Die Öffentlichkeit und die Regierung sind hiermit aufmerksam gemacht, wie man in leitenden Industriekreisen zum Wiederaufbau und zur Durchführung des Wiesbadener Abkommens steht. Erfassung der Sachwerte und Verhütung unberechtigter hoher Reparationsgewinne sind zwei verschiedene Seiten ein und desselben Dinges. Beides läßt sich nur durch stärksten Druck auf die Arbeitgeber durchsetzen.

Die Verhandlungen gegen Jagow, Wangenheim und Schiele begannen heute mit der Vernehmung eines Mitgliedes des Bundes der Nationalen, des sächsischen Oberfinanzrates Bang, wie er sich selbst bezeichnete. Bang ist ein eifriger Mitarbeiter an der antisemitischen „Deutschen Zeitung“.

Am 11. März kam Bang nach seiner Aussage aus Dresden zurück und fand zu seiner Ueberraschung in seinem Bureau Kapp vor, den er schon verhaftet glaubte. Kapp versicherte, daß im Laufe der Nacht die ganze öffentliche Gewalt auf Lüttwich und Kapp übergehen würde, da die ganze Reichswehr hinter Lüttwich stände.

In der Reichskanzlei habe er allerdings Zustände angetroffen, die die schwerste Enttäuschung für ihn als Posthalter boten. Das war keine Regierung, sondern eine Schwabstube. Er habe sogar gesagt: „Um Gotteswillen, das ist ja die reine Judenschule.“

Auf Vorhalten erklärt er, daß diese Ausdrücke nur aus der feilschen Stimmung jener Tage zu erklären seien. In einem Brief, der bei der Verhaftung Schieles gefunden wurde, stellt Bang alles dar, was er in der Voruntersuchung gegen sich selbst und dann als Zeuge in der Sache Schiele ausgesagt habe.

Zeuge Ludendorff.

Von Hans Bauer.

Das Sekretariat des Reichsgerichts hat dem Publikum so wenig Karten zum Jagow-Prozess zur Verfügung gestellt, daß der Sitzungs-saal während der ersten beiden Tage nicht nur nicht überfüllt, sondern geradezu dürrig besetzt war.

Ludendorff wird als zweiter Zeuge aufgerufen. Mit jenem „festen, elastischen Schritt“, den früher die bürgerlichen Zeitungen bei Festlichkeiten zu bemerken nicht müde wurden, tritt jener, von dem Karl Kraus das herrliche Wort gesprochen hat, daß er nach dem Zusammenbruch mit einer blauen Brille davontam, vor das Richterkollegium.

Der Oberreichsanwalt richtet von seinem Stuhle her ein paar Fragen an ihn. Ludendorff wendet sich ihm, der sitzen darf, während er stehen muß, mit schneidiger Bewegung zu, immer noch die Hand in der Tasche und ein Bild hultet von unter rauf nach dem Oberreichsanwalt, ein langer Blick: Stillschweigen!

Ein Viermächteabkommen.

Das Ende des englisch-japanischen Bündnisses.

Washington, 11. Dezember. (WIB.) In der Vollziehung der Konferenz am Sonnabend verlas Lodge den Text des Viermächte-Abkommens. Lodge fügte hinzu, die Anwendung von Gewalt sei im Vertrag nicht vorgesehen.

Der Wortlaut des Vertrags.

Washington, 11. Dezember. (WIB.) Das Abkommen der vier Mächte lautet wie folgt:

Die Vereinigten Staaten, das britische Reich, die französische Republik und das japanische Reich haben beschlossen, zwecks Erhaltung des Weltfriedens und zum Schutze ihrer Rechte betreffend ihre insularischen Besitzungen und ihre insularischen Dominions im Stillen Ozean ein Abkommen zu schließen.

1. Die hohen vertragsschließenden Teile verpflichten sich gegenseitig, ihre Rechte bezüglich ihrer insularischen Besitzungen und Dominions im Stillen Ozean zu achten.

brieflich. Von diesem Briefe fertigte Martin eine Abschrift für Schiele an, der sich damals in Ungarn befand. Der Verteidiger Martin gibt, als Zeuge vernommen, an, daß er den Ausdruck „Agricola“ in den Brief hineinkorrigiert habe, um der Zensur keine Handhabe zu geben.

Es wird sodann General v. Hülsen vernommen, der damals Kommandeur von Potsdam war. Hülsen berichtet von einer Unterredung, die er am 11. März abends mit Lüttwich hatte. Dieser sagte ihm, daß er gewisse Forderungen an die Regierung habe und diese eventuell mit Gewalt durchzusetzen gemüht sei.

Bürgermeisterwahl in Hamburg. Der Senat hat für das Jahr 1922 Herrn Bürgermeister Dr. Arnold Friedrich Georg Dieckel zum ersten Bürgermeister und Herrn Bürgermeister Johannes Ernst Otto Stolten zum zweiten Bürgermeister wiedergewählt.

Konferenz einladen, der die Gesamtheit der Frage zur Prüfung und Regelung vorzulegen ist.

2. Sollten die oben erwähnten Rechte durch die aggressive Haltung einer anderen Macht bedroht werden, so werden die hohen vertragsschließenden Teile sich untereinander in vollständiger und freimütiger Weise verständigen, um zu einem Einvernehmen über die wirksamsten Maßnahmen zu gelangen, die sie gemeinsam oder gesondert ergreifen werden, um allen Erfordernissen der Lage gerecht zu werden.

3. Das vorliegende Abkommen bleibt von dem Tage an, an dem es in Kraft tritt, zehn Jahre lang in Gültigkeit. Nach Ablauf dieses Zeitraumes läuft es weiter mit dem Vorbehalt, daß jeder der hohen vertragsschließenden Teile das Recht hat, es mit 12monatiger Kündigung zu beenden.

4. Das gegenwärtige Abkommen wird sobald wie möglich entsprechend den konstitutionellen Gebräuchen der hohen vertragsschließenden Teile ratifiziert werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden in Washington niedergelegt sind.

Die englische Presse begrüßt das Viermächteabkommen mit großer Genugtuung. Fast allgemein wird die Erwartung ausgesprochen, daß als Folge des günstigen Abchlusses der Washingtoner Konferenz eine allgemeine Konferenz zur Regelung der Währungsfrage und der internationalen Wirtschaftskrise ins Auge gefaßt werde.

Minderheitenschutz in Oberschlesien.

Brüthen, 11. Dezember. (WIB.) Im Laufe des heutigen Sonntags fanden in Gleiwitz Besprechungen der Staatssekretäre a. D. Gewalt und Göppert und des Regierungspräsidenten a. D. v. Riquel mit den Vertretern des vor kurzem ins Leben gerufenen Oberschlesischen Verbandes für Heimatschutz und kulturelle Bestrebungen und des Oberschlesischen Zweigverbandes für Leibesübungen statt.

Jeloes Gesamtel. Auf unseren Artikel in der Sonnabend-Rachmittagsausgabe antwortet die „Rote Fahne“ mit gemundenen Verlegenheitsproben. Bezeichnend für ihre völlige Kallosität ist schon, daß sie nicht einmal wagt, ihren Lesern den Namen des Verfassers mitzutellen!

Mordanschlag gegen den japanischen Ministerpräsidenten. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Tokio ist am Sonntag ein Mordanschlag auf den kürzlich ernannten japanischen Premierminister Baron Takahashi verübt worden.

durch des Lichtes, der Freiheit, der Menschenliebe“ und „Keines Lebensbuch der Moral“. Wir glauben nicht mehr, daß Moral gelehrt werden kann, sie muß im Leben erworben werden, wir halten „Lebensbücher“ für unmöglich, die fast ausschließlich ausländische Ausschnitte bringen, aber das hindert uns nicht, Wernekes Schriften allen zukunftswilligen Lehrern und Eltern aufs wärmste als Materialsammlungen und zu methodischer Beratung zu empfehlen!

Die Verteilung des Nobelpreises für Chemie und Literatur erfolgte Sonnabend in Stockholm. Prof. de Beer hielt die Rede auf den Nobelpreisträger in Chemie, Walter Kernst, in der er auf die epochenmachenden Entdeckungen hinwies, die den Namen Walter Kernst weltbekannt gemacht haben.

Darauf folgte die Rede des ständigen Schriftführers der Schwedischen Akademie Dr. Karfeldt auf den Nobelpreisträger in Literatur, Anatole France.

Nach der feierlichen Preisverteilung fand ein Festessen statt, bei dem die beiden neuen Nobelpreisträger geehrt wurden. In seiner Antwort erwähnte Anatole France den am selben Tag verteilten Friedenspreis und brachte namentlich Branting seine Verehrung dar.

Ministerpräsident Branting hielt zuerst eine kurze Ansprache, in der er erklärte, in der Teilung des Friedenspreises zwischen einem Schweden und einem Norweger erblicke er eine Bürgschaft dafür, daß die Völker des Nordens ihre ganze Kraft gegen eine Wiederholung solcher furchtbaren Ereignisse, wie der letzte Weltkrieg, einsetzen werden.

Photographische Platte. Die moderne Kunst hat uns zwar mit verschiedenen „Wachselbälgen“ von Malerei und Plastik beschenkt. Da gibt es die „Skulpturmalerei“, bei der Linien und Farben reliefartig erhdelt aus der Fläche hervortreten; dann gibt es neuerdings auch „Holzbilder“, bei denen auf einer als Hintergrund dienenden farbigen Holzplatte gewisse plastische Schändel und Formen angebracht sind.

Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

3. Wiederherstellung des gemeinen Wertes als Veranlagungsgrundlage in den Vermögenssteuergeheimnissen.

4. Sofortige Erhöhung der Ausfuhrabgabe bis zur vollen Erstattung der Verluste. Um die Exportindustrie unmittelbar an der Beseitigung der Markt zu interessieren, ist für die Berechnung eine nach dem Stande der Verluste stehende Skala mit progressiven Sätzen bei Verschlechterung der Markt einzuführen.

5. Festsetzung der im In- und Auslande liegenden Devisenverträge durch eldliche Vernehmung aller Personen des Wirtschaftens, bei denen höhere Vorteile vermutet werden.

6. Einführung einer Brückensteuervereinerung, die einen Teil der Ausgewinne unmittelbar der öffentlichen Hand zuführt.

Der Kampf gegen die Reaktion.

Der nach dem Morde an Erberger das arbeitende Volk zusammenschloß und die Dunkelmänner, die sich die öffentliche Ordnung ohne einen auf den Rücken geschlagenen kaiserlichen Abfall nicht denken können, verschwinden ließ, ist noch lange nicht beendet, die Gefahr ist noch nicht vorüber. Die 1. Aprilien, die wir erhalten haben, zwingen die Arbeiter zu erhöhter Alarmbereitschaft. Einstweilen französische Kreise erziehen die Zerstörung des deutschen Reiches, weil sie glauben, daß Frankreich alsdann gegen deutsche Angriffe besser geschützt sei. Ich betone, nicht die französische Regierung, sondern vielmehr einflußreiche, insbesondere Kerlsche Kreise sind es, die diese Zerstörung erstreben. Die Erhaltung der Einheit unserer Republik ist

Das Ziel unserer Politik

seit dem Waffenstillstand gewesen. Darüber muß man sich in den Kreisen der Reaktionen klar sein. Die Sozialdemokratie hat im Kapp-Putsch und nach dem Erberger-Mord bewiesen, daß sie die Massen hinter sich hat und daß sie es versteht, sie aufzurufen. Wohl erstreben wir den Kampf der Arbeiter, aber zur Verteidigung der Republik sind wir stets bereit. Wir führen keine Aktionen nach Art der Utopisten herbei, die nur Schrittmacher der Reaktion sind. Das zeigt uns ja zur Genüge

Der Prozeß gegen die Kappisten

in Leipzig, der den Kommunistenputz als einzigen Hoffnungsstern der Verschwörer erstrahlen läßt. Neben den kommunistischen Führern stehen die Kappisten nicht vor dem deutschen Volke. An Feindschaft und Erbarmlichkeit sind sie sich wahrlich ebenbürtig. All die Herren — v. Jaqom, v. Wagnenheim usw. — sind ganz unschuldig, nur zufällig, weil sie Fräulein sind, sind sie um 6 Uhr morgens vor dem Brandenburger Tor spazieren gegangen. Herr v. Demich oder benannt sich ganz wie der heruntergekommene Baron in Maxim Gorkis „Nachtasyl“. (Zehnte Zustimmung.) Immer antwortet er: „Keine Ahnung“ — er weiß sich auf nichts zu beziehen, er leidet an ganz merkwürdiger Gedächtnisschwäche, er hat immer „keine Ahnung“. Vor solchen Helden, wie sie die Kappisten sind und wie sie nun in Leipzig demaskiert werden, braucht die Sozialdemokratie nie zu erschrecken. Solchen Helden gegenüber ist der Sieg der Sozialdemokratie gewiß genau so wie der Sieg von Fisher über den Kapitalismus. (Zehnte Zustimmung.)

Genosse Fischer teilte mit, daß der Bezirkstag von 352 Delegierten beschloß, sodann wurde nach einem Referat des Genossen Bogels und einer kurzen Diskussion

Die Beitragserhöhung

beschlossen. Danach beträgt der Wochenbeitrag für Männer 1 M., für Frauen 50 Pf. Die Zuwendungsstellen kommen in Wesfal. Dafür zahlt die Bezirksverbandkasse für je 13 Wochenbeiträge 50 Pf. an die Jugend, während die Abteilungen zur Bestreitung ihrer Ausgaben nur ein Viertel der Einnahmen statt des früher bezogenen Drittels erhalten. Eine inzwischen vorgenommene

Sammlung zugunsten der Märzgefangenen

erhielt den Betrag von 1836 Mk. Folgender Antrag des 28. Ableitung wird angenommen:

„Der Bezirkstag hat wegen der Handlung der Sozialdemokratischen Magistratsmitglieder in der Angelegenheit „Reklame der Konsumgenossenschaft auf zwei Serien Brotmarken“, wobei diese dem Drängen der Bürgerlichen wider und die bereits herausgegebenen Marken kollektierten. Brots ein, um somit unsere Magistratsmitglieder zu veranlassen, für die Freigabe der kollektierten, mit der Reklame der Konsumgenossenschaft versehenen Brotmarken einzutreten.“

Schluß des Bezirkstages gegen 1 Uhr.

Der Mädchenmord in Kleppelsdorf.

Hirschberg, 10. Dezember.

Aus der Freilassung ist noch die bemerkenswerte Aussage der Angeklagten Fräulein Kiefer aus Iphoe nachzutragen, deren Klasse die Ursula Schade von Michaels 1920 bis Februar 1921 besuchte. Sie sagt aus: In einer Stunde, aber nicht bei mir, ist von der Hypnose gesprochen worden. Dabei sagte Ursula Schade: Ihre Mutter konnte einen Mann, wenn der jemand fest ansehe, so müßte dieser machen, was der Mann wolle. Wenn er aber die Augen wegwendete, dann sei es vorbei. Sie nannte auch die Straße, in der dieser Mann wohnen sollte, es war eine Querstraße von der Wohnung Gruppen. Ursula erklärte, den Namen des Mannes dürfe sie nicht sagen. Ich halte es für unmöglich, daß dieses Kind jemand niedergeschossen hat oder daß sie die Handhabung eines Revolvers auch nur kannte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Kind auch nur auf den Gedanken einer solchen Tat kommen konnte. Irma ist körperlich kräftiger, sonst aber auch ein gutes Kind, soweit ich das beurteilen kann.

Unter großer Spannung erfolgte am Sonnabend die Vernehmung der 77 Jahre alten Frau

Hilse Eckert, Schwiegermutter des Angeklagten.

Die Vernehmung wird ausgeführt. Frau Eckert erklärt, ihr Verhältnis zu dem verstorbenen Herrn Rohrbach sei ein gutes gewesen, aber die Liebe der Dörthe habe sie nicht gewonnen. Vorl.: Was hielten Sie von Gruppen? — Zeugin: Er hatte einen sehr netten Eindruck gemacht und wir haben es ihm hoch angerechnet, daß er meine Tochter mit ihren drei Kindern heiraten wollte. Die Hochzeit fand im September 1919 in Iphoe statt. Ich wohnte in demselben Hause. Gruppen war fürchterlich wenig zu Hause, er besand sich viel auf Reisen. — Vorl.: Welches Benehmen zeigte Ursula in Kleppelsdorf? — Frau Eckert: Sie war heiter, nur einmal weinte sie, als sie einen Brief, den sie an Frau Bartels geschrieben hatte, noch einmal schreiben sollte. Sie weiß nicht, wer der Ursula den Auftrag zum Schreiben des Briefes gegeben habe. — Vorl.: Ist Ihnen am Tage vorher etwas an Ursula aufgefallen? — Frau Eckert: Es war mir merkwürdig, daß Ursula traurig war, wenn sie nicht mit dem Angeklagten zusammen war, sie hing mit großer Liebe an ihm, sie war wie gebannt an den Mann. Am 14. Februar sah ich im sogenannten Winterwohnzimmer und hießte. Gruppen spielte mit der Frau Wöhe, Ursula sah auf dem Sofa und las. Dann war Ursula weg, ich habe ihr Begleiter nicht beobachtet. Dann spielte Fräulein Mohr mit der Irma, während der Angeklagte mehrmals im Zimmer auf und ab ging. Er sprach auch mit dem im Nebenzimmer befindlichen Fräulein Jahn. Ermöglicht stand dann auf, um die Reste von einem Apfel, den sie gegessen hatte, wegzubringen. Auch der Angeklagte war aufstehend und ich habe angenommen, daß er vielleicht der Irma den Ofen zeigen wollte, in den sie die Apfelreste werfen wollte. Dann habe ich einige Zeit

Den Angeklagten nicht im Zimmer gesehen.

gesteht bin ich auch etwas eingeklinkt. Ich habe ihn nicht das Zimmer verlassen sehen oder hören. Die Zeit in der ich den An-

geklagten nicht beobachtet habe, würde nach meiner Ansicht genügen, die Tat unten zu verüben. Ursula trauere ich auf keinen Fall die Tat zu. Ich halte es sogar für vollständig ausgeschlossen, daß die körperlich sehr schwache Ursula, die nicht einmal eine schwere Kanne heben konnte, die Tat überhaupt ausführen konnte.

Auf Antrag des Verteidigers Dr. Ublach wird ein von der Zeugin an Wilhelm Gruppen gerichteter Brief vom 15. Februar vorgelesen, in dem es u. a. heißt:

„Ein furchtbares Unglück kam über uns. Ursula hat aus Peters Schreibtisch den Revolver mitgenommen und gestern nachmittag die Dörthe und sich selbst erschossen. Ist das nicht entsetzlich? Damit nicht genug, hat man Peter verhaftet, da man der Ursula das nicht zutraut. In der Zeit des Unfalls waren wir mit Irma eben im Wohnzimmer, was wir beide beschwören können. Also muß sich ja seine Unschuld herausstellen.“

Die Zeugin verneint die Frage des Verteidigers Dr. Ublach, ob sie sich in den kritischen Momenten in einem hypnotisierten Zustand befunden hätte, und fügte hinzu, sie sei überhaupt nicht zu hypnotisieren.

Der Vorsitzende bemerkt, daß in diesem Prozeß eine große Menge Schreiben und Telegramme mit allerlei Behauptungen bei den Behörden einkamen. Auch bei Frau Reichs-Präsident Ebert sei ein Schreiben eingegangen, von dem er eine Abschrift bei den Akten habe. Oberstaatsanwalt Dr. Reifferscheid bittet im Interesse aller Prozeßbeteiligten die Briefe, Eindrücke irgendwelcher persönlicher Art nicht zu veröffentlichen, insbesondere nicht über die Persönlichkeit des Angeklagten.

Veranschärfung des Hochbahnstreiks?

Die Situation im Streik der Berliner Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft war heute morgen unverändert. Um 10 Uhr trat der von Arbeitgeberverband einberufene tarifliche Hauptausschuß zusammen, um sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Erst im Laufe des Vormittags ging dem Verkehrsband die Einladung zu, Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden. Er konnte deshalb schon aus technischen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen, lehnt aber auch aus rechtlichen Gründen den tariflichen Hauptausschuß ab.

Um 2 Uhr nachmittags trafen die Funktionäre des Betriebes zusammen, um zu dieser Sachlage Stellung zu nehmen. Sie werden sich in der Hauptsache mit der Frage beschäftigen, ob eine Verschärfung des Kampfes sich greifen soll. Ein diesbezüglicher Beschluß würde die Zurückziehung der Lichtmonture und der Wachen bedeuten, die sich auf den Bahnhöfen befinden. Schon am Sonntagabend ist auf Beschluß der Betriebsräte die Ausladung von Kohlen für die Hoch- und Untergrundbahn unterblieben.

Der Verkehrsband wird im Laufe des heutigen Tages der Öffentlichkeit Mitteilung über die rechtliche Stellung in Bezug auf die Anrufung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin und die Anerkennung des von ihm gefällten Schiedsspruches sowie der Ablehnung der von Arbeitgeberseite einberufenen Schlichtungskommissionen geben.

Groß-Berlin

Wurfbuden auf den Straßen.

Schhaftmachung „fliegender“ Wursthändler.

Der Berliner Magistrat will, um der Stadt neue Einnahmequellen zu schaffen, Straßen und Plätze mehr als bisher zur Errichtung von Verkaufshäuschen hergeben. Ueber die eingehenden Anträge von Pachtzähligen will er nicht nur die Tiefbaudeputation und die Parkdeputation hören, sondern auch die Kunstdeputation, damit nicht das Straßenbild verschandelt wird. Zunächst beabsichtigt er die Verpackung kleiner Bodenflächen von je 12 Quadratmetern auf dem Potsdamer Platz, dem Astanischen Platz, dem Rotzplatz, dem Spitzmarkt, dem Hausvogelplatz, dem Alexanderplatz, Unter den Linden, in der Tauentzienstraße und in der Hardenbergstraße. Ein Unternehmer wünscht dort zehn Verkaufshäuschen aufzustellen, in denen Wurst zu sofortigem Verzehr selbgehalten werden soll. Daß es einmal zu solcher Schhaftmachung des „fliegenden“ Wursthändels kommen könnte, hätte gewiß kein „Wurstmager“ sich träumen lassen. Vermutlich werden diese Wurfbuden auch in den Tagesstunden geöffnet sein.

Die Pacht will der vorsichtige Magistrat nicht in Papiermark festlegen, weil er bei fortschreitender Geldentwertung am Ende nicht viel drüber bezieht. Er hält für besser, pro Verkaufshäuschen als Jahrespacht den Gegenwert von 200 Gramm Feingold zu vereinbaren. 200 Gramm Feingold hatten vor dem Kriege, wenn wir recht unterrichtet sind, den Wert von 558 M. Deut zahlt die Reichsbank für Goldmünzen ein Vielfaches, zurzeit 720 Papiermark für 20 Goldmark, so daß der Gegenwert von 200 Gramm Gold sich auf rund 20.000 Papiermark stellen würde. Der Magistrat will die Pacht in Wertjahresraten zahlen lassen, deren Beträge nach dem jeweiligen Goldankaufpreis berechnet werden.

Dr. Adler über die Verkehrsentwicklung.

Im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller sprach kürzlich Stadtbaurat Dr. Adler über dieses Thema, nachdem er einen Ueberblick über die Entwicklung und die Geschichte der Berliner Verkehrsmittel gegeben hatte.

Gegenüber dem bisher verwendeten Straßenbahnwagen wird im Hinblick auf den erforderlichen Ausbau des Straßenbahnnetzes über das ganze Gebiet Groß-Berlins die Schaffung eines neuzeitlichen Wagenparkes erforderlich, deren Wagen mit stärkeren Motoren ausgerüstet und die für höhere Geschwindigkeiten für weite Überlandstrecken eingerichtet sind. Für die nähere Zukunft kann an eine Verwirklichung solcher Pläne noch nicht gedacht werden. Vielmehr muß durch Ausbau der bestehenden Linien, durch Schaffung neuer Uebergangsmöglichkeiten aus den einzelnen bisher streng getrennten Bahngeländen in andere die Erleichterung des Verkehrsverbesserungen versucht werden. Der Omnibusverkehr wird nach Ansicht Dr. Adlers in der nächsten Zeit einen wesentlichen Aufschwung bringen. Mit der Einrichtung einer Reihe neuer Linien ist bereits begonnen worden. Hierbei werden auch die Vororte in gleicher Weise mit neuen Linien bedacht werden, wie das Stadlinnere. Nach einer kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Schnellbahn(Untergrundbahn)-netzes gab Dr. Adler dann noch einen Ueberblick über ihren weiteren Ausbau, der jedoch einer späteren Zukunft vorbehalten bleiben muß. Endlich streifte Dr. Adler noch kurz die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen und deren anzustrebenden Ausbau, der einen Abschluß in dem großen Fernbahnprojekt auf dem Tempelhofer Feld finden würde, da durch eine derartige Umgestaltung des Eisenbahnverkehrs die bisherigen Fernbahnstationen zur Bedienung des Vorortverkehrs herangezogen werden könnten. Als letztes Gebiet streifte der Redner noch die Durchbildung des neuen Schnellbahnnetzes als Massenverkehrsmittel, das bei fast allen Berliner Verkehrsunternehmen einer Umformung unterzogen werden muß. Das Endergebnis aller im Gange befindlichen Verkehrsreformen müsse die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und die Beschleunigung und Verbesserung des Groß-Berliner Verkehrs sein.

Die Hilferufe am Engelbecken.

Selbstmord der Frau Nägelein.

Der nächste Vergrah am Engelbecken, der auf ein Verbrechen schloß, ist als ein Selbstmord aufgeklärt worden. Der Ehemann der Etrunkenen Frau Nägelein, der unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommen worden war, ist sofort wieder auf freier Fuß gesetzt worden. Die Frau hatte schon vor drei Wochen einen Selbstmordversuch durch Vergiftung gemacht. Am Tage vor ihrem Tode hatte sie ferner versucht, sich auf dem Bahnsteig unter einen einfallenden Zug zu werfen. Keilsche Aufklärung hat der Vorgang durch die Ermittlung des Mannes gelunden, der von mehreren Zeugen als der Täter angesehen worden war. Dieser hatte den Hilferuf gehört und dann einige Sekunden in das Wasser hinabgesehen, um schließlich eilfertig davonzulaufen, um einen Rettungsring zu suchen. Dieser fand sich aber nicht an der Brücke, sondern in einem Freiluftbad. Ehe ober der Mann, der auf das Klopfen an seine Geschäftstür aus seiner in einem anderen Stockwerk des Hauses gelegenen Wohnung herbeikommen konnte und den dort aufbewahrten Rettungsring heranziehen konnte, war die Frau untergegangen und ertrunken. Dieser Mann bekundet u. a., daß die Frau schon als sie den Schrei ausließ, über das Geländer geklettert war. Er hatte auch eine zweite Person, die sich in ihrer Nähe noch befunden haben könnte, nicht gesehen. Ein Verbrechen ist hiernach ausgeschlossen.

Die Mörder des Kaufmanns Alexander sind gestern von Dresden nach Berlin gebracht worden. Bei der Vernehmung stellte sich heraus, daß die Ermordung des großen Alexanders im Café Dalles in der Schönhauser Straße schon seit einiger Zeit ein „Tipp“ war, mit dessen Ausführung sich schon mehrere der Stammgäste trugen. Wehner, der von Alexander zu Bekanntschaften geworden worden war, hatte dort die Teilnahme ausgedehnt und war, als er einen Spießhaken in Scharkowski gefunden hatte, sofort zur Ausführung des Planes geschritten. Die Beute betrug 12 000 Mark, die sie untereinander teilten. Da Beide von Zeugen, die sie in der Wielandstraße gesehen hatten, wiedererkannt wurden, mußten sie die Tat auch zugeben.

Auch Titel machen Leute!

Zwei der gefährlichsten Berliner Hochparlierinnen, die vier Jahre lang Unsummen erschwindelten, wurden jetzt endlich von der Kriminalpolizei unschuldig gemacht. Die Verhafteten sind eine 28 Jahre alte Gräfin Elise Chamere und eine 45 Jahre alte Martha Prager. Gräfin Chamere hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Sie wurde als Tochter eines Fräulein Schneider geboren, das heute noch durch Räharbeiten seinen Lebensunterhalt verdient. Die Mutter ließ sie, ein Zwillingeskind, das einen sehr starken Hang zu weiblichen Wesen hat, als Krankenschwester ausbilden. Später wurde sie Veriraute eines Kriegsgewinners, von dem sie große Summen erhielt. Dann ging sie eine Schweine mit dem verlobten Grafen Leonhard Harburn von Chamere ein, lebte auf großem Fuße und verschaffte sich das dazu nötige Geld durch sorgfältige Schwindeln. Auch ihre Gefährtin, Frau Prager, hat ein recht bewegtes Leben hinter sich. Aus der höheren Lehrerschule heraus heiratete sie mit 16 Jahren, verließ aber bald ihren Mann und ging mit einem andern nach London. Dieser ließ sie sitzen und sie lehrte zu ihrem Vater, einem strenggläubigen Juden, zurück. Bis sie Fräulein Schneider kennen lernte, erwarb sie ihren Lebensunterhalt durch Räharbeiten, um dann als „Herzogin“ aufzutreten. Ein Chauffeur war von den Hochparlierinnen zwei Monate lang ohne Bezahlung zu Autofahrten gedungen worden. Er sollte ihr Privatchauffeur werden und sie dann ständig auf ihren Weltreisen begleiten. Er ist um 6000 Mark geprellt worden. Ein Fuhrschäft erhielt 2000 M. für Föhren mit einem Gummi-Pharion, das in einem grünen Wappen versehen werden mußte. Als Entlohnung hatten die Gaunerinnen ihm versprochen, daß sie ihm aus ihrem großen Hahnenbestand auf ihren Rittergütern Hahnen überreichen würden. Bei einem Hahnenkauf kauften sie für 5000 Mark Zigarren und Zigaretten auf Kredit, angeblich, um diese Rauchwaren unter die Angestellten ihrer Olier zu verteilen. Ein Hotel, in dem sie gewohnt hatten, hat eine unbedeutende Rechnung von 70 000 M. An diese großen Schwindeln schloßen sich noch zahlreiche kleinere an.

Höhlenbewohner in der Jungfernhöhe.

Zur Aufklärung des Leichensundes in der Kolonie Siemensstadt ließ die Kriminalpolizei die Jungfernhöhe gründlich absuchen. Dabei wurde eine überraschende Entdeckung gemacht. Man ließ auf eine Erdhöhle, deren „Einrichtung“ erkennen ließ, daß hier Menschen sich eine Wohnstätte geschaffen hatten. Als die Höhle entdeckt wurde, war sie zwar gerade leer, doch gelang es durch Nachforschungen festzustellen, daß diese Höhlenmohung einem alten Nanne gehört, der sonst fast ununterbrochen dort haust und auch übernachtet. Nur von Zeit zu Zeit ging er nach Berlin hinein und besorgte sich hier für einige Zeit Lebensmittel. Leute, die davon erzählten, erzählten auch, daß er sein Lager wiederholt mit anderen Personen geteilt hat und dort sogar eine Frau gestorben sei. Ermittlungen zur Aufklärung sind in die Wege geleitet.

Ein tödlicher Eisenbahnunfall auf dem Bahnhof Alexanderplatz ereignete sich heute früh. Dort verfuhr der Kaufmann Rebab aus Berlin, Talsottstr. 13, auf den kurz vor 8 Uhr morgens der Bahnhof Alexanderplatz verlassenden Schnellzug D 31 nach Katowitz zu springen, plitt hierbei vom Trittbrett ab und geriet zwischen Trittbrett und Bahnsteig. Er erlitt hierbei so starke Quetschungen, daß er kurze Zeit nach dem Unfall starb. Der Unfall ist auf eigene Schuld zurückzuführen, da der Verunglückte noch in letzter Minute versuchte, den bereits in Fahrt befindlichen Zug zu erreichen.

Eine Forderung bei Elckamp. An die „Märkische Heimstätte“ G. m. b. H. will der Berliner Magistrat ein Stück des jetzt der Stadt gehörenden Siedlungsgebietes bei Elckamp verkaufen. Die Gesellschaft beantragt eine 34 270 Quadratmeter große Parzelle, auf der sie 54 Einfamilienhäuser errichten will. Die Stadt Berlin hat das Gelände von dem früheren Wohnungsbauamt Groß-Berlin übernommen, der es vom Reichsland erworben hatte, und muß an die Gesellschaft „Märkische Heimstätte“ die Vorzüge zum Selbstkostenpreis abgeben. Dieser beträgt nur 180 Mark pro Quadratmeter, so daß für die 34 270 Quadratmeter nur 61 686 Mark zu zahlen wären. Pauland zu so niedrigem Preis ist allerdings noch anderswo in der näheren Umgebung Berlins zu haben.

Zurteilung des Gesundheitswesens sollen in den einzelnen Verwaltungsbezirken der neuen Stadtgemeinde Berlin Hauptamtliche beheldete Stadtlärten angeordnet werden. Die drei Verwaltungsbereiche Charlottenburg, Schöneberg und Reinick haben bereits ärztliche Mitglieder der Bezirksämter zu bezeichnen. Unter ihres Gesundheitswesens, so daß hier die Zustände von Stadtlärten unwürdig ist und unverbessert wird. Auch für den Verwaltungsbezirk Gendarmen, der nach seiner Veröberungsabteilung kleinste Bezirk des neuen Berlin ist und zu den wohlhabendsten gehört, hält der Berliner Magistrat zur Zeit einen Stadtlärten noch nicht für erforderlich. Stadtlärten will er nur für die übrigen 16 Verwaltungsbezirke anstellen, für jeden Bezirk einen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig kühler, ziemlich trüb und etwas neblig bei mäßigen südlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

